

8. November 1997, 10 Uhr, Haus der Gewerkschaften Erfurt

Parlament gegen Rechts

Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus beraumt am 8. November 1997 ein Parlament gegen Rechts an und lädt alle, die sich für eine sozialere und demokratischere Gesellschaft engagieren, zur Beteiligung an der Vorbereitung ein.

Wer wir sind ...

Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus ist eine Arbeitsgemeinschaft von Personen und Initiativen, die sich schwerpunktmäßig mit historischen und aktuellen Fragen des Neofaschismus, Rassismus und der gesellschaftlichen Ausgrenzung beschäftigt. Anlässlich des 9. November wurden in den Jahren 1991 bis 1995 vier Ratschläge durchgeführt, 1996 richtete die LAG das Tribunal gegen Ausgrenzung aus.

... und was wir wollen:

Wir rufen auf, am 8. November 1997 zusammenzukommen, um über die RECHTS-ENTWICKLUNG zu debattieren, die unsere Gesellschaft schleichend, aber fast ungehindert erfaßt. Vieles ist heute Alltag, was uns, wie Heribert Prantl treffend beschreibt, noch vor 10 Jahren unzumutbar erschienen wäre:

„Damals war das Asylrecht nur angeschlagen, aber noch nicht beseitigt. Die Visumpflicht für Kinder wurde gerade eingeführt, aber die Kinder aus der Türkei, Tunesien, Marokko und Jugoslawien waren noch ausgenommen. Soeben wurde die Visumsfreiheit auch für sie gestrichen. Damals, vor zehn Jahren, wurde gerade ein neues Ausländerrecht geschrieben, es war scharf, aber noch nicht geschärft. Damals gab es auch noch ein paar Politiker in den Regierungsparteien, die vor einem 'Wettlauf der Schabigheit' warnten, heute ist dieser Wettlauf europaweit in vollem Gang. Damals,

vor zehn Jahren, war das Schengener Informationssystem noch im Aufbau. Heute ist es in vollem Betrieb und keiner kontrolliert nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, was dort eigentlich alles geschieht. Damals war das Bayerische Polizeiaufgabengesetz noch der Inbegriff eines scharfen Polizeirechts, heute gibt es schärfere, nicht nur in Sachsen.“

Wir empfinden diese Entwicklung nicht nur als Bedrohung für die jeweils Betroffenen, sondern als Bedrohung für alle, denen es nicht ausreicht, sich selbst auf die „sichere Seite“ zu bringen. Wir glauben, davon gibt es einige. Wir möchten deshalb mit möglichst vielen Menschen, gleichgültig ob in einer Initiative, Gewerkschaft, Partei oder in unabhängigen Zusammenhängen aktiv, darüber diskutieren, wo und wie Veränderungen ansetzen müssen, um der schleichenden Rechtsentwicklung entgegen zu wirken.

Rechtsentwicklung heißt für uns, daß

- Rassismus und Nationalismus in immer mehr Bereiche der Gesellschaft, in den Staatsapparat, die Medien und Organisationen, eindringen. Die Aussage des Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, angesichts sinkender Einwohnerzahlen wachse die Angst vor den Fremden, bleibt ohne Konsequenzen;
- neofaschistische Organisationen sich stabilisieren und Minderheiten bedrohen und gefährden können;

- die Gesellschaft durch Auslandseinsätze und Traditionspflege der Armee und der Arbeitsmarkt mit der Einführung von Zwangsarbeit militarisiert werden;
- rechtsextreme Forderungen in den Parlamenten teilweise Mehrheiten finden. Die Absenkung von Sozialleistungen für AusländerInnen und die Einschränkung des Familiennachzugs wurden von den „Republikanern“ gefordert und von der CDU/FDP-Bundestagsmehrheit beschlossen. CDU-Landtagsabgeordnete in Thüringen betonen nachdrücklich, daß sich durch den Zuzug von AsylbewerberInnen die Wohnqualität verschlechtert;
- die menschliche Existenz als solche mit Hilfe der Gentechnik und anderer Wissenschaften umgestaltet wird, so daß sie ökologische Vernichtung ohne Schaden erträgt und den „Leistungsanforderungen“ gerecht wird;
- die Gesellschaft BRD zu einer „Bundesrepublik Deutschland Aktiengesellschaft“ transformiert wird, in der Menschen ins Abseits getrieben und Rechte zur Gnade werden.

Warum ein Parlament gegen Rechts?
 Der 8. November soll keinem neuen Wahlbündnis Pate stehen. Das Alternative Parlament soll Forum sein, um die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik aus unterschiedlicher Sicht zu analysieren, Betrof-

fenheit und Widerstandsformen und -ziele zu debattieren und eventuell auch Punkte für gemeinsames Handeln zu finden. Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus hat sich für die Veranstaltungsform eines „Alternativen Parlamentes“ entschieden,

- weil wir darauf aufmerksam machen wollen, daß im real existierenden Parlamentarismus zumeist nur die Interessen der bereits Einflußreichen und Mächtigen zum Tragen kommen,
- weil Demokratie davon lebt, daß alle gesellschaftlichen Gruppen und Individuen in der Gesellschaft mitwirken und mitentscheiden können,
- weil (im Gegensatz zur praktizierten Form des Parlaments) Alle die Möglichkeit haben, in das Geschehen einzugreifen und es außerdem noch Spaß machen kann,
- der politischen Gleichgültigkeit und Resignation etwas entgegengesetzt werden muß.

Wie soll das Alternative Parlament ablaufen?

Die endgültige Form wird von den Menschen, die sich in die Vorbereitung und Durchführung einbringen wollen, bestimmt. Bisher ist lediglich entschieden, daß sowohl in Ausschüssen als auch in einer offenen Versammlung beraten werden soll, in der es Fragen, Statements und Handlungsvorschläge geben soll. Literatur und Kultur sollen ebenfalls Raum finden.



Wir laden alle Interessierten ein, ihre Ideen und Vorschläge in die Vorbereitung einzubringen!

Vorname/Name: _____

Initiative/Organisation: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Priv. Tel.: _____ Diensttel.: _____ Fax.: _____

Thema: _____

Form des Beitrages:

Rede Sketch/Parodie anderes _____

Ideen, Vorschläge: _____

Bitte zurücksenden an: LAG Antifa/Antirassismus, c/o DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel.: 0361-5961394, Fax: 5961444 oder 6599899